

Hollande-Ayrault: orientierungslos und handlungsunfähig

WIRTSCHAFT STAGNIERT – STEUERZAHLER PROTESTIEREN – AFFÄRE LEONARDA

Murphys Gesetz scheint auch für die französische Politik zu gelten. Präsident François Hollande zumindest dürfte während der vergangenen Wochen und Monate diesen Eindruck gewonnen haben: Was schief gehen kann, geht schief.

Kein Ende der Wirtschaftskrise

Die Wirtschaft stagniert auch im Jahr 2013. Die Beschwörungsformel „la reprise est là“ (der Aufschwung ist da) in seiner Rede zum 14. Juli 2013 hatte leider keinen Einfluss auf die Realität.

Die Arbeitslosigkeit nimmt weiter zu (3,259 Mio. bzw. 10,9% Arbeitslose, September 2013). Berücksichtigt man zudem jene Arbeitsplatzsuchenden, die nur einen Teilzeitarbeitsplatz suchen, so steigt die Zahl der Arbeitslosen auf 4,843 Mio. Die verschiedenen Beschäftigungsprogramme der Regierung (s. Bericht März 2013) haben keine spürbare Belebung des Arbeitsmarktes bewirkt. Die Kurve der Arbeitslosenzahlen zeigt Ende 2013 nicht nach unten („inversion de la courbe du chômage“), wie von Hollande gebetsmühlenartig vorausgesagt. Jetzt versuchen Hollande und sein Arbeitsminister Sapin die Franzosen damit zu trösten, der Anstieg der Arbeitslosigkeit verlangsamt sich („évidente décélération“), man sei folglich auf dem richtigen Weg. Wie zum Beweis des Gegenteils rollte Ende Oktober im Werk Aulnay (bei Paris) von PSA-Peugeot das letzte Fahrzeug vom Band. 40 Jahre lang waren dort Autos produziert worden, bis zu 700 pro Tag.

Protest der Steuerzahler

Den Steuerzahlern hatte Hollande noch im Sommer eine „pause fiscale“ für das Jahr 2014 versprochen. - Er wollte wahrscheinlich sagen, dass es keine weiteren Steuererhöhungen geben werde. Seine Formulierung lässt indes befürchten, dass es nach der „Pause“ wieder weitergehen wird.

Trotz der bereits beschlossenen Steuer- und Abgabenerhöhungen wird Frankreich auch in den Jahren 2013 und 2014 ein Haushaltsdefizit von rund 4% aufweisen. Ende 2013 wird die Schuldenquote ca. 95% des BSP erreicht haben. Ende nächsten Jahres dürften es dann knapp 100% sein. Der französische Staat hat ein Ausgabenproblem. Das Defizit wird sich nur verringern, wenn endlich einschneidende Sparmaßnahmen ergriffen werden. Bisher ist davon nichts zu erkennen. Der Abbau von Schulden ist in weite Ferne gerückt. Weitere Steuererhöhungen werden nur zu geringeren Steuereinnahmen führen. In Frankreich wird schon von einem „ras-le-bol fiscal“ (Steuerüberdruß, „die Nase voll haben“) der Steuerzahler gesprochen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

31. Oktober 2013

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

Sogar die Fußballclubs der Ligue 1 und 2 haben für das letzte Novemberwochenende einen Spiel-Streik angekündigt. Denn sie sollen für Ihre Spieler, die im Durchschnitt 40.000 € pro Monat verdienen, die Reichensteuer von 75% des Einkommens abführen. Die Clubs klagen, ihr Defizit von jetzt (Saison 2012-2013) schon 60 Mio. € werde sich dadurch um 44 Mio. € erhöhen. Diese „contribution exceptionnelle de solidarité (außerordentlicher Solidaritätsbeitrag)“ betrifft allerdings nur jene Clubs, die einem ihrer Spieler pro Jahr mehr als 1 Mio. € überweisen. Paris-Saint Germain (PSG) müsste alleine 20 Mio. € an zusätzlichen Steuern abführen. François Hollande wird die Präsidenten der Clubs empfangen, um Ihnen die Notwendigkeit dieser Steuer zu erklären. Er hat auch schon verlauten lassen, es werde keine Sonderregelung für den französischen Fußball geben. Ausnahmsweise haben auch die Franzosen überwiegend keine Sympathie für diesen Steuerprotest.

Wesentlich ernster wiegt da der Protest der Gegner der sog. Ecotaxe in der Bretagne. Diese Steuer entspricht in etwa der deutschen LKW-Maut und soll landesweit ab 1. Januar 2014 zur Finanzierung der Infrastruktur (Straßen und Bahn) erhoben werden. Schon seit Wochen protestieren Landwirte und Arbeiter aus der Nahrungsmittelindustrie vor allem in der Bretagne gegen diese Steuer. Die wirtschaftliche Situation in der Bretagne sei ohnehin schon äußerst schwierig. Wichtige Unternehmen hätten bereits ihre Tore geschlossen. Zahlreiche Arbeitsplätze seien verloren gegangen. Die Ecotaxe werde die Produkte der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie wegen der geographischen Randlage der Bretagne besonders verteuern und infolgedessen deren Wettbewerbsfähigkeit völlig ruinieren.

Die Regierung hatte die Ecotaxe bereits halbiert (für die Region Bretagne) und eine Route Nationale von der Erhebung der Steuer ausgenommen. Sie suchte außerdem nach weiteren Erleichterungen für das Transportgewerbe. Dennoch flauten die Proteste nicht ab. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei wurden dagegen immer gewalttätiger. Es waren bereits Schwerverletzte zu beklagen. Darüber hinaus wurden bis auf eine einzige Ausnahme alle elektronischen Straßenbrücken, welche die Durchfahrt der LKW registrieren sollen, zerstört.

Viele Demonstranten trugen rote Mützen (bonnets rouges) und erinnerten damit an den Aufstand der Bretonen (révolte du papier timbré, Aufstand des Dokumentenpapiers) im Jahr 1675 gegen Ludwig XIV und seinen Finanzminister Colbert, die zur Finanzierung des Krieges gegen die Vereinigten Niederlande verschiedene Steuern erhöhten.



Am 29. Oktober beugten sich Elysée und Matignon schließlich dem Druck der Straße. Premierminister Ayrault verkündete die vorläufige landesweite Suspendierung der Ecotaxe. Jetzt ist die Regierung auf der Suche nach einem Ausgleich für die bereits eingeplanten Einnah-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

31. Oktober 2013

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

men von 1,15 Mrd. € zur Finanzierung der Infrastruktur. Vor allem mehren sich aber die Zweifel, ob die Regierung überhaupt noch handlungsfähig ist.

Während die Ecotaxe noch in der Amtszeit von Nicolas Sarkozy beschlossen wurde, ist die Regierung Hollande/Ayrault selbst für den jüngsten Protest der Steuerbürger verantwortlich. In Frankreich sind bestimmte Sparformen zur Altersvorsorge steuerlich begünstigt, indem die Zinseinnahmen mit vergleichsweise niedrigen pauschalen Steuersätzen belegt sind (Abgaben wurden überhaupt erst seit 1996 erhoben, seitdem sind die Sätze nach und nach erhöht worden). Sie tragen zur Finanzierung der Sozialversicherungskassen bei.

Ende Oktober wurde nun in erster Lesung in der Assemblée Nationale ein Gesetz beschlossen, wonach der Steuersatz erneut angehoben werden soll (auf 15,5%) und zwar rückwirkend auch auf alle Zinseinnahmen aus früheren Jahren. Es erhob sich ein solcher Proteststurm, nicht nur von Seiten der Opposition, sondern auch unter den Interessenvertretungen der Steuerzahler, dem Finanzsektor und selbst innerhalb der Regierungsmehrheit, dass die Regierung schon am Sonntag (27. Oktober), nach dem die Assemblée Nationale den Gesetzentwurf in erster Lesung beschlossen hatte, wieder klein beigab. Einige Sparformen wurden von der Steuererhöhung ausgenommen, bei anderen die Freigrenze erhöht, so dass kaum noch jemand von der Abgabenerhöhung betroffen sein dürfte. Außerdem wurde auch die rückwirkende Steuererhöhung zurückgenommen, u.a. um einem drohenden Einspruch des Verfassungsrates (Conseil constitutionnel) zuvorzukommen.

Der Haushaltsminister erklärte die Korrekturen bzw. den Salto rückwärts der Regierung nur wenige Tage nachdem sie den Gesetzentwurf eingebracht hatte als „Klarstellungen, die nötig seien die Angstmache der Opposition zu bekämpfen. Die Änderungen dienen der Gerechtigkeit, der Vereinfachung und der Stabilisierung der Steuereinnahmen“. Im Kern hat die Regierung, wie schon so oft in anderen Fällen, die Bürger zunächst verschreckt und massiv gegen sich aufgebracht und dann den Rückzug angetreten, um am Ende mit leeren Händen und einem Gesichtsverlust dazustehen.

Ecotaxe und Steuer auf Ersparnisse - innerhalb von zwei Tagen gaben Präsident Hollande und seine Regierung zwei Mal dem Druck der Öffentlichkeit nach und nahmen ihre Vorhaben wieder zurück. Die Regierung ist paralysiert.

Selbst Bertrand Delanoë, Bürgermeister von Paris und ein Vertrauter von Präsident François Hollande, gibt zu, nicht alles zu verstehen, was die Regierung tut ("parfois, c'est vrai que je ne comprends pas tout," 28. Oktober). Und Philippe Eckert, Rapporteur général du budget (Abgeordneter des PS und Berichterstatter der Assemblée nationale für den Haushalt) räumt ein, die Steuerdebatte sei „völlig irrational“ geworden (28. Oktober).

Das Fiasko

Zu einem veritablen Kommunikations-Fiasko war für Präsident Hollande schon einige Tage zuvor die Affäre Leonarda geworden.

Die Familie Dibrani aus dem Kosovo, deren Asylantrag abgelehnt worden war, sollte ausgewiesen werden. Leonarda, eine der Töchter der Familie befand sich gerade auf einem Schulausflug. Die Polizei nahm Leonarda während des Ausflugs in Gewahrsam und schickte die gesamte Familie in den Kosovo.

Es erhob sich ein Proteststurm, Schüler und Lehrer gingen auf die Straße, linke und grüne Politiker äußerten lautstark ihre Kritik. Innenminister Valls brach seine offizielle Reise auf die Antillen ab und kehrte nach Paris zurück. Ein Untersuchungsbericht wurde in Auftrag ge-

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

31. Oktober 2013

www.kas.dewww.kas.de/frankreich

geben, ob im Zusammenhang mit der Ausweisung der Familie die einschlägigen Gesetze und Verordnungen eingehalten wurden.

Valérie Trierweiler, Partnerin von François Hollande erklärte, es sei völlig inakzeptabel, dass ein Mädchen aus dem schulischen Bereich heraus aufgegriffen und ausgewiesen werde.

Kurz darauf lag der Untersuchungsbericht vor. Er legte dar, dass bei der Ausweisung der Familie alle Vorschriften und Regeln beachtet worden waren und dass die Familie während ihres Aufenthaltes in Frankreich wenig Integrationsbereitschaft bewiesen hatte. Gegen den Rat seiner Berater entschloss sich Präsident Hollande, dieses Untersuchungsergebnis selbst in einer öffentlichen Erklärung bekannt zu machen. Außerdem machte er der Schülerin Leonarda das Angebot, sie könne nach Frankreich zurückkehren und ihre Schulausbildung abschließen. Allerdings dürfe sie nur alleine kommen, ohne ihre Familie.

Leonarda, umringt im Kosovo von französischen Journalisten und TV-Kameras gab umgehend ihre Antwort auf das Angebot des Präsidenten: niemals werde sie alleine zurückkehren, sondern nur mit ihrer Familie. Ein fünfzehnjähriges Mädchen desavouiert den französischen Präsidenten.



Titelseite Le Figaro, 21. Oktober 2013

In Frankreich überschlug sich die Kritik an der Erklärung des Präsidenten. Die Erklärung selbst abzugeben, sei ein Fehler gewesen; das sei Aufgabe des zuständigen Präfekten, höchstens des Innenministers. Wieso könne er Leonarda die Rückkehr nach Frankreich anbieten, wenn ihre Ausweisung doch rechtmäßig gewesen sei. Wie könne man einer fünfzehnjährigen Schülerin anbieten, ohne ihre Eltern in Frankreich zu leben, die Familie zu trennen. Die Erklärung des Präsidenten geriet zu einem Kommunikationsdesaster.

Auch im eigenen Lager wurde der Präsident offen heftig kritisiert. Harlem Desir, Vorsitzender des Parti Socialiste (PS), äußerte nach der Erklärung von Präsident Hollande, er wünsche, dass auch die Geschwister von Leonarda nach Frankreich zurückkehren könnten. Er werde mit dem Präsidenten und der Regierung darüber reden. Kurz darauf musste er seine implizite Kritik am Präsidenten zurücknehmen. Desir, dessen Führung der Partei ohnehin bereits von vielen Seiten kritisiert wird, dürfte nun nur noch Vorsitzender auf Abruf sein. Sein Büroleiter musste bereits gehen.

FRANKREICH

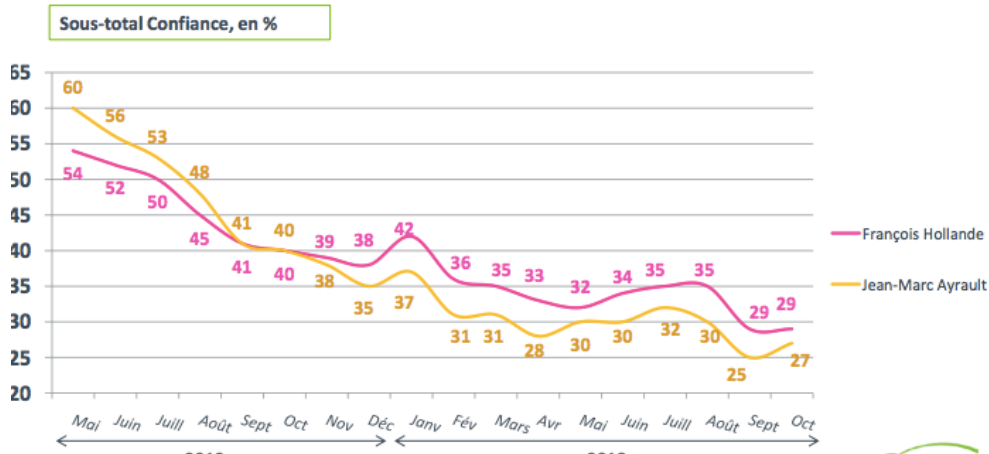
DR. NORBERT WAGNER

31. Oktober 2013

www.kas.dewww.kas.de/frankreich

Die Handlungsunfähigkeit und Orientierungslosigkeit des Präsidenten, seiner Regierung und der linken Mehrheit haben einen dramatischen Verlust des Vertrauens der Franzosen in ihren Präsidenten und seinen Premierminister zur Folge.

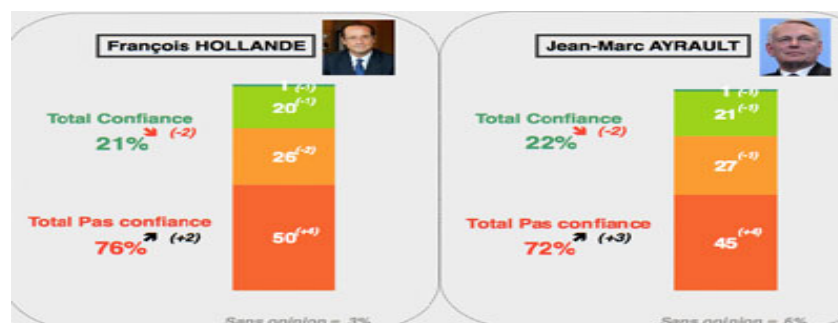
•Faites-vous tout à fait confiance, plutôt confiance, plutôt pas confiance ou pas du tout confiance à François Hollande en tant que Président de la République pour mener une bonne politique pour la France ?
 •Faites-vous tout à fait confiance, plutôt confiance, plutôt pas confiance ou pas du tout confiance à Jean-Marc Ayrault en tant que Premier ministre pour mener une bonne politique pour la France ?



Quelle: Harris Interactive, Oktober 2013

Während der V. Republik war das Vertrauen in den Präsidenten (18 Monate nach seinem Amtsantritt) noch nie so niedrig wie im Falle von François Hollande. 29% der Franzosen hatten Mitte Oktober nach einer Umfrage von Harris Interactive noch Vertrauen in den Präsidenten, eine Umfrage von IPSOS/Le Point kam nur noch auf 24%. Und laut TNS/Sofres für Figaro Magazine (Ende Oktober) waren es gar nur noch 21% (Premierminister Ayrault 22%).

Die Wochenzeitschrift Le Point konstatiert Ende Oktober 2013, „innerhalb von einundeinhalb Jahren haben Präsident und Regierung es geschafft, glauben zu machen, dass sie die Reichen hassen genauso wie die Armen, die Mittelschicht, die Ausländer, die heterosexuellen Familien, die homosexuellen Paare, die Sparer, die Verschwender, die Sonntagsarbeiter, alle, die an den anderen Wochentagen arbeiten, die Umweltaktivisten, die Bauern, die Unternehmer, die Pro-Europäer, die extreme Linke, die Selbständigen, die Bankiers, die Beamten, die Studenten, die Fußballer, die Rentner, die ausländischen Investoren, die Künstler ... Man hat uns ein versöhntes Frankreich versprochen. Nun ist es zerschlagen in tausend Stücke, ein Opfer der Beunruhigung, der Gewalt, des Hasses auf die anderen, der permanenten Verdächtigungen (Jérôme Bégé, Le Point, 29. 10. 2013).



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

31. Oktober 2013

www.kas.de

www.kas.de/frankreich

So nimmt es nicht wunder, dass der PS keine der acht Nachwahlen zur Assemblée Nationale die in den Jahren 2012 und 2013 stattfanden, gewinnen konnte. Alle acht Wahlkreise gingen an die UMP. Bei fünf der acht Nachwahlen kam der Kandidat des PS nicht einmal in die zweite Runde. Bei dreien dagegen der Kandidat des Front National (FN).

Erosion des linken Lagers

Auch innerhalb des linken Lagers beginnt die Unterstützung für den Präsidenten zu bröckeln. Seit Beginn ihrer Amtszeit ist es Präsident Hollande und Premierminister Ayrault nicht gelungen, Disziplin und Kohäsion innerhalb der Regierung und der linken Regierungsmehrheit durchzusetzen. Die Minister der Grünen distanzieren sich regelmäßig von der Regierung, wenn es um Fragen der Umwelt, der Energie oder der Immigration geht. Immer wieder erhebt sich die Frage, ob sie nicht besser aus der Regierung ausscheiden sollten (so auch jetzt wieder nach der Suspendierung der Ecotaxe). Wirtschafts- und Finanzminister Pierre Moscovici lebt in permanentem Konflikt mit Arnaud Montebourg, seinem für die „industrielle Wiederbelebung“ zuständigen Minister. Justizministerin Taubira führt einen Dauerstreit mit Innenminister Valls. Der Präsident der Assemblée Nationale, der Präsident des Sénat, der Fraktionsvorsitzende des PS im Sénat, der Vorsitzende des PS - alle haben ihre eigene Agenda. Kein Wunder, dass die Abgeordneten und Senatoren des PS deprimiert sind.

Ein weiterer Mosaikstein im Zerfall des Ansehens von Präsident und Regierung selbst innerhalb der eigenen Reihen waren die parteiinternen Vorwahlen des PS für die Kandidatur zum Amt des Bürgermeisters von Marseille. Die von Elysée und Matignon unterstützte Kandidatin (Marie-Arlette Carlotti, Ministerin für Behinderte im Kabinett Ayrault) fiel bereits in der ersten Runde durch. In der Wahlkampfzentrale der in der zweiten Runde unterlegenen Kandidatin (Sénatrice Ghali) piffen die Parteimitglieder aus Protest, als die Namen des Präsidenten und des Premierministers genannt wurden.

Innenminister Manuel Valls wiederum ist wegen seiner klaren „law and order-Politik“ der beliebteste Politiker Frankreichs. Er ist der erste Anwärter auf den Posten des Premierministers, sollte Jean-Marc Ayrault eines wohl nicht allzu fernen Tages sein Amt aufgeben müssen.

Schon hat aber innerhalb des PS die Diskussion darüber begonnen, wer im Jahr 2017 Nachfolger von Präsident Hollande werden könnte. Manuel Valls wäre nach einer Umfrage (Harris Interactive/Figaro Magazine/LCP, Ende Oktober) unter den Wählern insgesamt mit 33% der deutlich bevorzugte Kandidat, weit vor François Hollande (9%) und Martine Aubry (8%). Unter den Sympathisanten des PS besitzt Hollande noch einen Vorsprung (37%) vor Valls (23%) und Aubry (21%).

FN - dritte oder erste politische Kraft?

Die katastrophale Stimmungslage in der Bevölkerung, die offenkundige Orientierungslosigkeit der linken Regierung und die Unfähigkeit der UMP-Opposition, aus beidem Gewinn zu ziehen, haben dazu geführt, dass der FN in den letzten Monaten erheblichen Zulauf bekommen hat. Schon bei den Kommunalwahlen im März 2014 traut man ihm ein gutes Abschneiden zu.

Bei den Europawahlen (Mai 2014) könnte der FN gar den größten Stimmenanteil erringen. Jüngste Umfragen rechnen mit 24% für den FN, 22% UMP und 19% PS.

Zulauf erhält der FN dabei vor allem aus der von der PS enttäuschten Wählerschaft, insbesondere der Arbeiterschicht. Außerdem ist es Marine Le Pen gelungen, das Image des FN

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

von einigen Altlasten aus der Zeit ihres Vaters zu befreien und so auch für neue Wählergruppen wählbar zu machen.

FRANKREICH

DR. NORBERT WAGNER

Gleichwohl darf man sich, was den FN betrifft, keine Illusionen machen. Er ist weiterhin eine populistische Protestpartei: Anti-Europa, Anti-Globalisierung, Anti-Marktwirtschaft, Anti-Ausländer, Anti-Randgruppen etc. Es fehlt ihr jegliche positive Gestaltungskraft.

31. Oktober 2013

www.kas.de

Doch falls es der Regierung Hollande/Ayrault nicht bald gelingt, das Ruder herumzureißen und Frankreich auf Reformkurs zu bringen, wird der Zustrom zum FN weiter anhalten und könnte bei den Europawahlen der Front National stärkste politische Kraft in Frankreich werden.

[www.kas.de / frankreich](http://www.kas.de/frankreich)